gen soll vor Einleitung entsprechender Schritte noch geprüft werden. Schließlich nahm die Völkerbundsversammlung den Bericht über die Tätigkeit der ständigen Hygienekommission des Völkerbundes entgegen und sprach ihre Genugtuung darüber aus, daß die Regierungen immer mehr mit der ständigen Hygienekommission auf dem Gebiet der Seuchenbekämpfung zusammenarbeiten.

Die Völkerbundsversammlung nahm noch einen von der holländischen Delegation eingebrachten Vorschlag betr. Aufklärung gewisser Punkte des juristischen Gutachtens des Völkerbundsrates in der Korfufrage an. Angenommen wurde ferner ein von der britischen Regierung eingebrachter Zusatz zum Artikel 16 des Völkerbundspaktes, der eine klarere Fassung des betreffenden Artikels bezweckt.

Die Mandatsgebiete und die internationalen Konventionen.

Genf, 21. Sept. Der politische Ausschuß der Völkerbundsversammlung schlägt vor, den Mandatsmächten zu empfehlen, die internationalen Konventionen auf die Mandatsgebiete auszudehnen.

Reparationsleistungen der Reichsbahn.

Berlin, 21. Sept. Der Generalagent für Reparationszahlungen teilt folgendes mit: Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat heute, als erste Rate auf den Teil des Beförderungssteuerertrages der an die Annuität im zweiten Jahre des Sachverständigenplanes im Namen der Reichsregierung zu leisten ist, den Betrag von GM. 28 010 776,15 bezahlt. Die vom Beförderungssteuerertrag im zweiten Jahre fällige Gesamtsumme beträgt 250 000 000 GM., deren Zahlung gemäß der von dem Generalagenten, der Reichsregierung und der Reichsbahngesellschaft abgeschlossenen Vereinbarung grundsätzlich in Fristen von je einem Monat erfolgen soll.

Provisorischer Handelsvertrag zwischen Türkei und Schweiz.

Genf, 21. Sept. Gleichzeitig mit der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages zwischen der Türkei und der Schweiz ist nach einer Meldung des „Journal de Geneve" zwischen beiden Ländern ein provisorischer Handelsvertrag zustande gekommen, in dem sich die beiden Länder die Meistbegünstigung gewähren. Zum Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages sollen spätestens in drei Monaten in Bern die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Keine Rüstungsverhandlungen der Türkei mit Rußland und Deutschland.

Angora, 21. Sept. Gegenüber Pressemeldungen nach denen die Türkei mit Vertretern Rußlands und Deutschlands in Angora wegen der Rüstungen und militärischen Vorbereitungen der Türkei verhandelt haben soll, erklärte die Anatolische Telegraphen-Agentur, daß alle diese Meldungen vollkommen aus der Luft gegriffen sind.

Die Aufnahme des Berliner tschechischen Schrittes in Warschau.

Berlin, 22. Sept. Die in Berlin abgegebene Erklärung der tschechoslowakischen Regierung über die Bereitwilligkeit zum Abschluß eines Sicherheitspaktes mit Deutschland haben nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" aus Warschau dort sehr überrascht. Wie das Blatt meldet, wird sich die polnische Regierung nicht dazu entschließen können, einen Parallelschritt zu unternehmen, da das polnische Außenministerium davon überzeugt sei, daß Polen im weiteren Verlauf der Sicherheitsverhandlungen hinzugezogen wird. Auf jeden Fall scheine Polen, obgleich sich seine Hoffnung auf eine gleichberechtigte und gleichwertige Teilnahme an der Sicherheitskonferenz nicht erfüllt habe, die Absicht zu haben, nur im Rahmen dieser Konferenz oder im unmittelbaren Anschluß daran über einen deutsch-polnischen Sicherheitspakt zu verhandeln.

Frankreichs Kriegsschulden in Amerika.

London, 21. Sept. (Reuter.) Ein Funkspruch vom Dampfer Paris, auf dem die französische Schuldenkommission nach Washington reist, besagt, Caillaux werde selbstverständlich der amerikanischen Schuldenkommission vorschlagen, daß Frankreich mit der Zurückzahlung des Kapitals seiner Schuld an die Vereinigten Staaten sofort beginnen wolle, und zwar 1926 mit einer beträchtlichen Summe, die im Laufe der nächsten zwanzig Jahre zu viel größeren Beträgen anwachsen werde. Es sei also zu verstehen, daß der französische Vorschlag nicht von der Vorbedingung abhängig sei, daß Frankreich Reparationszahlungen von Deutschland erhalte, und daß auch nicht der Versuch gemacht werden solle, das Abkommen mit Churchill als Vorbild zu benutzen.

Dr. Heim gegen Dr. Stresemann.

Berlin, 21. Sept. Nach Zeitungsmeldungen hat Dr. Heim auf der Jahresversammlung des bayrischen Bauernvereins in Tuntenhausen u. a. gesagt: Das Rheinlandabkommen wurde von den Franzosen keinen Augenblick gehalten. Immer noch sind schwarze Truppen in Deutschland, und die Klagen darüber lassen nicht nach. Man liest gegenwärtig allerdings weniger darüber, weil Dr. Stresemann eine Störung für seine Politik hierin sieht und deshalb die Quellen der Berichterstattung verstopft sind. Demgegenüber ist festzustellen, daß keine amtliche Stelle sich je der Verbreitung von Meldungen über Uebergriffe oder Widerrechtlichkeiten der Besatzungsbehörden oder Besatzungstruppen widersetzt hat, welche auf Tatsachen beruhen. Allerdings müssen derartige Meldungen, sofern ihre Verbreitung unter amtlicher Mitwirkung erfolgt, vor der Weitergabe auf ihre Richtigkeit hin geprüft werden.

Die Deutsche Volkspartei gegen die deutschnationalen Treibereien.

Berlin, 21. Sept. Die „Nationalliberale Korrespondenz" veröffentlicht heute eine Entschließung der Deutschen Volkspartei zu der bevorstehenden Paktkonferenz, in der gegen die deutschnationalen Treibereien und insbesondere gegen die Irreführung eines Teiles der öffentlichen Meinung durch Falschmeldungen und Sensationsartikel der deutschnationalen Presse entschieden Stellung genommen wird.

Demgegenüber werden folgende grundsätzlichen Richtlinien, die für die Außenpolitik der Deutschen Volkspartei maßgebend sind, und von der Partei bereits in einer Entschließung vom 2. Juli festgelegt wurden, angeführt: Sicherung der deutschen Westgrenzen gegen französische Angriffe und Sanktionen ohne Preisgabe deutschen Volkstums, Aenderung und möglichste Abkürzung der Rheinlandbesetzung, Räumung der ersten Zone vor Abschluß irgendwelcher Vereinbarungen, Bereitschaft auch zu östlichen Schiedsverträgen, aber unter Zurückweisung einer französischen Garantie und ohne Verschleierung des Zieles einer friedlichen Aenderung der unhaltbaren östlichen Grenzen, Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bei Wahrung der Forderungen des deutschen Memorandums vom September 1924, insbesondere unter entschiedener Ablehnung jeder aus dem Eintritt etwa herzuleitenden Anerkennung der von uns bekämpften Kriegsschuldlüge.

Beratung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett ist gestern nachmittag um ½5 Uhr zur ersten Beratung über die Einladung der Westmächte zusammengetreten. Ministerialdirektor Dr. Gaus erstattete Bericht über die Ergebnisse der Londoner Juristenkonferenz, welche die Basis der Einladung sind. Alle Reichsminister nahmen unter der Leitung des Reichskanzlers Dr. Luther an dem Kabinettsrat teil.

WTB. teilt abends 7 Uhr mit: Da möglicherweise die Kabinettsberatungen noch nicht abgeschlossen sein werden, ist die Mittwochsitzung des auswärtigen Ausschusses auf Ersuchen der Regierung verlegt worden. Die neue Sitzung wird voraussichtlich einige Tage später stattfinden.

Die Danziger Presse gegen die Genfer Entscheidung.

Danzig, 21. Sept. Zu der Genfer Entscheidung im Danziger-polnischen Postkonflikt nimmt heute die Danziger Presse weiter Stellung. So heißt es u. a. in der sozialdemokratischen Danziger „Volksstimme": Der Völkerbundsrat hat so entschieden, wie es nach dem Gutachten der Sachverständigenkommission zu befürchten war. Auch der in letzter Minute erfolgte einstimmige Protest des Danziger Volkstages gegen das Sachverständigengutachten hat ihn nicht zu einer anderen Auffassung gebracht. Falsch ist allerdings, wenn von gewisser Danziger Seite die Genfer Entscheidung als ein abgekartetes Spiel zwischen dem Völkerbund und Polen hingestellt wird. An der Entscheidung des Völkerbundsrates haben auch die Politiker teilgenommen, denen ihre Völkerbundsarbeit kein politisches Schachergeschäft ist, sondern die überzeugt sind, daß diese Entscheidung des Völkerbundsrates einem unparteiischen Völkerrecht durchaus entspricht. In der Frage des polnischen Munitionslagers auf der Westerplatte hat der Rat, wenigstens soweit die Frage der Umgrenzung des Munitionsdepots zur Beratung stand, dem Danziger Standpunkt Rechnung getragen und die weitergehenden polnischen Ansprüche zurückgewiesen. Wir halten nach wie vor die Errichtung eines polnischen Munitionslagers im Hafen von Danzig für ein weit größeres Hemmnis für ein notwendiges Einvernehmen zwischen Danzig und Polen als andere Streitfälle. Polen würde in Danzig einer weit freundlicheren Auffassung begegnen, wenn es sich dazu entschließen würde, sein Kriegsdepot aus dem Danziger Hafen nach irgend einem Ort seiner eigenen Küste zu verlegen. So wenig Danzig diese Genfer Entscheidung als notwendig und gerecht empfinden wird, so sehr müssen wir in dieser Stunde warnen vor jeder nationalistischen Hetze.

Das Zentrumsorgan, die „Danziger Landesztg.", schreibt u. a.: Am Sonnabend sind in Genf die Würfel in einem für Danzig ungünstigen Sinne gefallen. Polen hat in der Postfrage in vollem Umfange „Recht bekommen". Ja, es hat in Danzig Rechte bekommen, die weit über seine Erwartungen hinausgehen. Erschüttert stehen wir da ob dieser neuen Vergewaltigung, der rücksichtslosen Rechtsbeugung durch den Völkerbund, Danzigs Beschützer (!). Vollständig erschüttert aber ist auch unser Vertrauen in diese Institution, in ihre heutige Zusammensetzung und Rechtsprechung. Und das gegen Danzig gefällte Urteil ist wahrlich nicht dazu angetan, dem Völkerbund Sympathien in der Welt zu erobern, denn es zeigt deutlich, daß er in seiner „Rechtsprechung" den „Rechten des Stärkeren" folgt, um auf solche Weise sein Prestige zu wahren und seine Ohnmacht, die Schwäche und das Recht zu schützen, vor der Oeffentlichkeit zu verbergen.

In dem Leitartikel des deutschnationalen Organs, der „Danziger Allgemeinen Zeitung" liest man unter der Ueberschrift „Der Schmachspruch von Genf" u. a.: Aber letzten Endes ist es hier nicht nur die Frage der polnischen Post, die entschieden wurde; der Sinn dieser Genfer Entscheidung geht weiter. Polen wird daraus ersehen, daß man in Genf es nicht wagt, ihm irgendwie entgegen zu treten, und es wird weitere Folgerungen ziehen. Der polnische Postputsch war keine Gewaltaktion Polens, er war ein Vorstoß, ein Fühler, der gewissermaßen das Terrain sondieren sollte. Genf hat nichts gegen diesen polnischen Vorstoß unternommen. Es hat ihn stillschweigend gutgeheißen, es hat ihm vor der Welt den Mantel des Rechts gegeben. Das ist nichts anderes als eine Deckung der polnischen Raub- und Gewaltpolitik, die der Völkerbund auf Kosten Danzigs treibt. Und wenn man noch einen Funken Glauben an die Gerechtigkeit dieser sogenannten Völkerbundsversammlung gehabt hätte, dann würde dieser himmelschreiende Rechtsspruch der Genfer Phraseologie ihn restlos nehmen. Der Völkerbund ist nichts anderes mehr als der Dienstjunge polnisch-französischer Raub- und Gewaltpolitik. Nie und nimmer erkennen wir dieses Schmachurteil der Geschichte, geboren aus Feigheit und Gleichgültigkeit an, nie und nimmer sagen wir ja dazu, wie wir es nicht anerkennen, daß man uns die Westerplatte raubte, um dort den Tod zu lagern, der einmal unsere Türme zerreißen kann, wenn ihn niemand behütet, der aber vielleicht auch einmal gegen Menschen gehen kann, die uns in Sprache und Seele Brüder sind. In alle Welt rufen wir heute das neue Unrecht, die Gewalt, die man uns antat; vor Gott und den Menschen, denen das Wort Recht noch nicht ganz Phrase ist, klagen wir den Völkerbund an und sagen ihm, daß wir dieses Urteil nie als gegeben betrachten werden.

Frauen im Völkerbund.

Alle mit dem Völkerbund verbundenen Stellungen, diejenigen des Sekretariats inbegriffen, sollen Männern und Frauen zugänglich sein. Dies ist Artikel 7 des Völkerbundsvertrages. Deshalb waren von Anbeginn des Völkerbundes an Frauen dabei, und haben gute Arbeit geleistet. In der ersten Völkerbundsversammlund, 1920, saßen drei Frauen als Delegierte, alle drei aus den skandinavischen Ländern: Frau Bugge Wicksell als Ersatzdelegierte von Schweden, Fräulein Henni Forchhammer als technische Sachverständige in der dänischen Delegation, Dr. Kristine Bonnevie als Ersatzdelegierte von Norwegen. Alle drei wurden auch in Kommissionen gewählt und nahmen lebhaft an deren Arbeiten teil. Für die folgende Versammlung hatte Rumänien das Beispiel der skandinavischen Länder befolgt und als Ersatzdelegierte Mlle Helene Vakaresko entsandt. Die dritte Völkerbundsversammlung, 1922, zählte sechs Frauen: außer den erstgenannten Mrs. Coombe Tennant, Ersatzdelegierte der britischen Delegation und Mrs. Dale, Ersatzdelegierte von Australien. Seitdem hat sich diese Zahl aufrechterhalten, indem die skandinavischen Länder und Rumänien dieselben Frauen in ihren Delegationen stehen ließen, während 1923 in der britischen Delegation Frau Edith Lyttliton und 1924 Mrs. Swanwick in der australischen Delegation 1923 Miß Jessie Webb und 1924 Mrs. Allen eintraten. Es ist bemerkenswert, daß alle diese genannten Delegierten sofort einen hervorragenden Platz in den Kommissionen eingenommen haben, sowie, daß sie als Berichterstatterinnen über gewisse besonders die Volkswohlfahrt angehende Fragen bezeichnet wurden. Frau Bugge Wicksell ist sogar in drei Kommissionen tätig und es ist wohl als eine große Auszeichnung, wie auch als Vorteil für die Frauenfrage zu betrachten, daß sie Mitglied der ersten Kommission ist, die sich mit Rechtsfragen und besonders mit solchen, die den Völkerbundvertrag angehen, befaßt. Im Jahre 1921 wurde sie in die Mandatskommission gewählt, wo sie sich besonders mit den Interessen der Frauen und Kinder in den unter Mandat stehenden Kolonien beschäftigt. Außerdem nimmt sie teil an den Arbeiten der fünften Kommission. Frau Wicksell, die Mutter von mehreren Kindern ist, studierte, nachdem diese ihre Zeit und Kräfte nicht mehr ganz in Anspruch nahmen, Rechtswissenschaft, zu gleicher Zeit mit ihrem Sohn. Mutter und Sohn bestanden zusammen das Staatsexamen an der Universität Lund. Es war bedeutungsvoll, daß in der ersten Völkerbundsversammlung, in einer der ersten Plenarsitzungen, eine Frau auf der Rednertribüne stand. Es war Fräulein Henni Forchhammer aus Kopenhagen, die als Berichterstatterin in der Frage der Hilfe für die im nahen Osten in Gefangenschaft geratenen Frauen und Kinder diese Sache zu der ihrigen machte. Aus dieser ersten Initiative hat sich in Kleinasien ein großes Hilfswerk entwickelt. Im folgenden Jahre fand in Genf eine internetonale Konferenz statt, um den Frauen- und Kinderhandel zu behandeln und Fräulein Forchhammer wurde als Vizepräsidentin derselben gewählt. Außer ihrer Arbeit in der fünften Kommission nimmt die dänische Delegierte teil an den Arbeiten für Hygiene. Seit der ersten Versammlung hielt sie mehrere Vorträge über den Völkerbund in England, Norwegen, Holland, Schweden, Dänemark. — Die dritte skandinavische Delegierte, Dr. Kristine Bonnevie, ist eine bekannte Gelehrte auf dem Gebiet der Naturwissenschaft, seit 1912 Professor an der Universität Kristiana und Mitglied der Akademie für Wissenschaft daselbst. Außer der fünften Kommission, in welche sie bei der ersten Versammlung gewählt wurde, und wo sie als Berichterstatterin für die Opiumfrage gewirkt hat, gehört die norwegische Delegierte auch der Kommissoin für geistige Arbeit an, zusammen mit Frau Curie, der weltbeannten Gelehrten. Auf einem andern Gebiet berühmt ist Helene Vakaresko, die rumänische Dichterin, deren Volkslieder von der Königin Carmen Sylva ins Deutsche und ins Englische übersetzt wurden. Auch eine in ihrem Lande bekannte Schriftstellerin ist Frau Edith Littleton, die als Ersatzdelegierte von Großbritanien an der vierten Versammlung teilnahm und bei Anlaß der Abrüstungsfrage in einer Plenarsitzung eine viel beachtete Rede hielt, indem sie darauf hinwies, daß von klein auf der Friede in der Kinderseele eingepflanzt werden soll. — Die letztjährige Delegierte, Mrs. Swanwick, ist eine in den pazifistischen Kreisen wohlbekannte Persönlichkeit und ihre Wahl in den Völkerbund war von großer Bedeutung, was den Aufbau eines gerechteren, sozialen und internationalen Regimes anbelangt.

Versammlungsfreiheit in Bulgarien.

Sofia, 21. Sept. Die Verordnung über die Beschränkung der politischen Versammlungen ist aufgehoben worden. Demnach sind also wieder alle öffentlichen und geschlossenen Versammlungen ohne irgend welche Einschränkung gestattet.

Bombenattentat in Simla. Während des Vorbeimarsches des dritten Gurkha-Regimentes explodierte eine von unbekannten Tätern geworfene Bombe. Drei Personen wurden getötet, drei lebensgefährlich und sechs leichter verletzt. Bei dem Attentat sind hauptsächlich Soldaten zu Schaden gekommen.